DIMENSIONEN

Journal *von* Behinderten *für* Behinderte und ihre Freunde

Liebe Leserinnen und Leser!

Dem Menschen an unserer Seite gilt es die gleiche Aufmerksamkeit, den gleichen Respekt, ja die gleiche Achtung entgegen zu bringen, wie wir es wünschen, das es auch mit uns geschieht. Nichts geschieht jedoch im Selbstlauf; niemand trägt uns unsere Rechte hinterher. Wir erwerben sie nur im eigenen Tätigwerden. So wurde uns die Freiheit von heute auch nicht geschenkt, sondern im aktiven Denken und Handeln vieler oftmals namenloser Menschen an unserer Seite – Gott sei Dank! in eindrucksvoll friedfertiger Weise – errungen. Wir alle haben sie für jeden Einzelnen, so auch für Sie und mich, erstritten.

Ich erinnere mich gut, daß unter jenen, die in den Straßen von Leipzig und Berlin für die Menschenrechte demonstrierten, auch viele Behinderte waren. Heute nun haben wir alle die Freiheit des Denkens und der eigenen schöpferischen Tat, heute können wir für uns – und für unsere Nächsten – auch die Rechte durchsetzen, die die Entfaltung der individuellen Persönlichkeit sichern. Dazu zähle ich auch das Recht auf ein menschenwürdiges Leben eines jeden Menschen einschließlich der Behinderten. In der „Erfolgspropaganda" der vergangenen Jahre wurden diese Menschen oftmals vergessen. Sie wurden teilweise ignoriert, durften nicht dasein, weil sie das Bild

Dr. Sabine Bergmann-Pohl

IN DIESEM HEFT:

- **Informationen über Bundesrecht** *Seiten 3–5*
- **Aus der Verbandarbeit** *Seiten 7–11*
- **anstoß** *Seiten 15–19*
- **Geschichte und Gegenwart** *Seiten 20–23*
- **Post an uns** *Seiten 24–28*

1. Jg./Nr. 9/90
5. Juli 1990
Preis 1 DM

vom heilen Sozialismus störten, das zur Untermauerung der eigenen Macht in die Welt gesetzt wurde.

Wenn wir heute davon sprechen, daß wir in Recht und Freiheit leben, dürfen wir nicht in den gleichen Fehler verfallen wie in der Vergangenheit und dabei die Behinderten vergessen. Ihr Schicksal gilt es immer vor Augen zu haben; sie dürfen nicht ignoriert, nicht an den Rand der Gesellschaft gedrückt werden. Aus diesem Grunde habe ich mich immer, aber auch gerade in meiner jetzigen gesellschaftlich verantwortungsvollen Tätigkeit veranlaßt gefühlt, mich für die Menschen an meiner Seite, die durch das Schicksal behindert wurden, einzusetzen. Aus diesem Grunde möchte ich an ihrer Seite stehend für ein menschenwürdiges Leben aller wirken.

Ich sehe dieses mein Wirken als ein selbstverständliches Handeln, das aber auch Ihr Mitwirken einbezieht. Hilfe zum selbständigen Handeln sollte unser gemeinsames Motiv sein, mit dem wir auch dem behinderten Menschen an unserer Seite begegnen.

Ich wünsche der Redaktion „DIE STÜTZE" den wohl besten journalistischen Erfolg: Zufriedene und aktiv im redaktionellen Alltag mitwirkende Leser!

Sabine Bergmann-Pohl

*

Die Präsidentin der Volkskammer der DDR, Frau Dr. Sabine Bergmann-Pohl, übernahm beim Gründungskongreß die Schirmherrschaft über den Behindertenverband der DDR e.V.

Impressum

Verlag: Gesundheit GmbH (i. G.) Berlin, Neue Grünstr. 18, Berlin, 1020.
Verlagsdirektor: OMR Dr. med. D. Künzel
Redaktion/Leserpost: Neue Grünstraße 18, Berlin 1020
Herausgeber: Behindertenverband der DDR e. V.
Verantwortlicher Redakteur: Marion Schulzke
Redaktion: Dr. Gabriele Hallof, Dörthe Kränke, Ralph Loell, Regina Reichert, Daniela Reinhold, Dr. Rudolf Turber. – Verantwortlich für den Teil „anstoß": Heidi Ruttmann, Barbara Bütow, Hartmut Rößler
Fotonachweis: Michael Klenner
Satz und Druck: Druckzentrum Berlin. Druckerei- und Verlags-GmbH i. G., Franz-Mehring-Platz 1, Berlin, 1017.
Registriert unter Nr. 1802 beim Ministerium für Medienpolitik der DDR
ISSN: 0863-4157

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 18. Juni 1990

Informationen über Bundesrecht

Regelungen im Bereich von Arbeit und Soziales

Die folgenden Ausführungen dienen als Information und sind zum einen (Kapitel 1–3) der Zeitschrift „selbsthilfe" der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte 6/1988, zum anderen (Kapitel 4–8) den DST-Beiträgen zur Kommunalpolitik, Reihe A, Heft 9 „Für eine starke kommunale Selbstverwaltung!, Informationsschrift für die Städte in der DDR", Deutscher Städtetag, Köln 1990, entnommen. Sie müssen nicht den in der nächsten Zeit gültigen Regelungen auf dem Gebiet der DDR entsprechen. Auskünfte über diese zu erlangen, war der Redaktion, trotz intensiver Bemühung beim Ministerium für Arbeit und Soziales, bisher jedoch nicht möglich. Wir streben aber an, in einer der nächsten Ausgaben der STÜTZE umfassende Informationen über die dann geltenden gesetzlichen Regelungen für Schwerbehinderte zu geben.

Kündigungsschutz auch für Auszubildende

Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden, daß der Schutz des Schwerbehindertengesetzes auch für Auszubildende besteht. Insbesondere genießen sie den Kündigungsschutz des Schwerbehindertengesetzes. Deswegen darf einem schwerbehinderten Auszubildenden nur gekündigt werden, wenn die vorherige Zustimmung der Hauptfürsorgestelle zur Kündigung erteilt ist.

(Urteil des Bundesarbeitsgerichts – 2 AZR 385/87, in: Rheinische Post vom 6. 4. 1988)

Änderung in der Sozialhilfe

Ab 1. Juli 1988 sind Pflegegeld und Regelsätze erhöht worden. Auch die Einkommensgrenzen für die Hilfen in besonderen Lebenslagen sind angehoben worden.

1. Das einfache pauschale Pflegegeld (§ 69, 4, Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes) beträgt DM 308,– (bisher DM 299,–). Das Pflegegeld für Schwerstbehinderte (§ 69, 4, Satz 2 des BSHG) beträgt DM 836,– (bisher DM 812,–).

2. Der Grundbetrag für die allgemeine Einkommensgrenze (§ 79, 1, Ziffer 1 BSHG) beträgt DM 810,– (bisher DM 786,–). Der Grundbetrag für die besondere Einkommensgrenze (§ 81, 1 BSHG) beträgt DM 1 214,– (bisher DM 1 179,–). Der Grundbetrag für die besondere Einkommensgrenze für Blindengeld und Pflegegeld für Schwerstbehinderte (§ 81, 2 BSHG) beträgt DM 2 429,– (bisher DM 2 358,–).

(Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 10/88)

Aufklärungspflicht des Sozialamtes über Pflegegeld

Ist mit einer ständigen Verschlechterung des Pflegezustandes des Hilfesuchenden zu rechnen, muß der Sozialhilfeträger in angemessenen Zeitabständen prüfen, ob das bewilligte

Pflegegeld angehoben werden muß. Auf einen Antrag des Pflegebedürftigen oder der Pflegeperson kommt es nicht an. Nach § 5 BSHG muß der Sozialhilfeträger Hilfe leisten, wenn er von einem Hilfefall Kenntnis hat. Diese Kenntnis muß sich der Träger der Sozialhilfe im Rahmen seiner Aufklärungspflicht selbst verschaffen, wenn er den Hilfeempfänger bereits erfaßt hat und ihm bekannt ist, daß eine ständige Verschlechterung des Gesundheitszustandes zu erwarten ist.

Aus diesem Urteil kann gefolgert werden, daß der Sozialhilfeträger auch bei einer Befristung des Pflegegeldes von sich aus die erforderlichen Auskünfte vom Hilfeempfänger einholen muß, ob weiterhin Hilfebedürftigkeit vorliegt.

(Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg vom 12. 3. 1986, in: Rechtsdienst der Lebenshilfe 1/88 vom 1. 3. 1988)

Die kommunalen Aufgaben

Fast ein Viertel des gesamten kommunalen Haushaltsvolumens werden im Durchschnitt aller Gemeinden für Aufgaben im Jugend- und Sozialbereich beansprucht. Die sozialen Aufgaben sind damit vom Finanzumfang her der gewichtigste Aufgabenbereich der Kommunalverwaltung.

„Freie Träger"

Ein Teil der Aufgaben im sozialen Bereich, einschließlich der Jugendhilfe und des Gesundheitswesens, wird nicht allein von den Städten, Kreisen und Gemeinden, sondern von „freien Trägern" wahrgenommen ... z. B. von Gruppierungen, die ihre Basis in einem gemeinsamen gesellschaftlichen Engagement ihrer Mitglieder finden. Zu den wichtigsten Verbänden, die in der „Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege" zusammengefaßt sind, gehören: Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz und Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Außerdem gibt es eine Vielzahl weiterer (Selbsthilfe-) Organisationen wie etwa die Behinderten- und Hinterbliebenenverbände. Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege in der Bundesrepublik Deutschland betreiben z. B. ... neunzig Prozent der Behindertenwerkstätten. ... Die Selbständigkeit der freien Träger in Zielsetzung und Durchführung ihrer Aufgaben wird garantiert. ...

Sozialhilfe

Innerhalb des Sozialetats werden die meisten Mittel für die Sozialhilfe benötigt. Die Sozialhilfe ist neben Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung ein Teil des Sozialleistungssystems der BRD. Sie wird im Prinzip dann gewährt, wenn weder eigenes Einkommen oder Vermögen oder Unterhalt Dritter, noch anderweitig staatliche Leistungen dem Einzelnen die Führung eines menschenwürdigen Lebens ermöglichen. ... Seit 1961 ist die Sozialhilfe im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) geregelt. ... Die Sozialhilfe ist aufgegliedert in *Hilfe zum Lebensunterhalt*

(Ernährung, Kleidung, Wohnung, persönliche Bedürfnisse) und *Hilfe in besonderen Lebenslagen* (z. B. Krankenhilfe, Eingliederungshilfe für Behinderte, Hilfe zur Pflege, Altenhilfe, Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten). Der Sozialhilfeanspruch richtet sich in der Regel an die Stadt oder den Kreis, wo sich der Hilfesuchende aufhält.

Sozialamt

Innerhalb der Kommunalverwaltung ist das Sozialamt für die Aufgabenerfüllung zuständig. Es nimmt die Anträge auf Sozialhilfe entgegen, ermittelt auch selbst die Hilfebedürftigkeit, zahlt die Hilfe zum Lebensunterhalt aus, berät und informiert die Hilfsbedürftigen. Darüber hinaus unterhalten die Städte und Gemeinden neben anderen Organisationen ... eigene Dienste und Einrichtungen. Hierzu zählen etwa die Familienfürsorge, die Behindertenberatung, die Suchtberatung, Alteneinrichtungen und Behindertenwerkstätten. ...

Sozialstationen

Besondere Leistungen erbringen die freien Träger bei der Unterhaltung von Sozialstationen. Darunter versteht man die Bündelung ambulanter sozialpflegerischer Dienste (Krankenpflege, Haus- und Familienpflege, Altenpflege) in einer gemeinsamen Anlauf- und Vermittlungsstelle. Eine Vielzahl von Hilfebedürftigen lebt zu Hause, insbesondere ältere Menschen. Die Sozialstation ermöglicht dem Hilfe- oder Pflegebedürftigen, in seiner Wohnung zu bleiben. Die Heimaufnahme wird hinausgezögert oder entbehrlich. Die Mitarbeiter der Sozialstationen (Krankenpfleger, Altenpfleger, Familienpfleger, Pflegehilfskräfte, Zivildienstleistende usw.) tragen wesentlich dazu bei, daß die Hilfe- und Pflegebedürftigen ihre Selbständigkeit soweit wie möglich behalten.

In die Arbeit der Sozialstation werden daher auch andere Dienste wie Mahlzeitendienste, Gemeindepflegedienste, psycho-soziale Dienste integriert. Nachbarschafts- und ehrenamtliche Hilfen sowie insbesondere die Mithilfe der Familie werden durch sie unterstützt und aktiviert. Die Finanzmittel für die Sozialstationen werden durch Eigenleistungen der Träger der Sozialstationen, durch die Kommunen, Krankenkassen und Beiträge der Benutzer aufgebracht. In den meisten Ländern werden die Sozialstationen auch aus Landesmitteln gefördert.

Zusammengestellt von Regina Reichert.

Bildung für alle – aber wie?

APW weiß keinen rechten Rat

Verständnis und Unterstützung wurden uns zugesichert, als wir Ende April mit Mitarbeitern der Arbeitsstelle für Sonderpädagogik der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften über unser ureigenstes Thema, Bildung für alle, sprachen. Es zeigte sich jedoch in dem gut zweistündigen Meinungsaustausch, daß bei den Pädagogikwissenschaftlern zwar Interesse am Verändern herkömmlicher Bildungsformen besteht, daß aber weder feste Vorstellungen vom Wie-Machen noch vom Wie-Durchsetzen existieren. Man berief sich vor allem darauf, nur beratende und begleitende Funktionen zu haben.

Der Chef der Abteilung, Dr. Hoyer, schätzte ein, daß man an der APW bisher zu stark auf Korrektiverziehung bei Menschen mit Behinderungen orientiert habe. Nun müsse man in der Forschung, vor allem auch im Hinblick auf marktwirtschaftliche Erfordernisse, stärker in Richtung Sozialpädagogik wirken. Auch könne er sich vorstellen, wieder C-Zweige in den Hilfsschulen zu installieren, überhaupt müsse man viel stärker die individuellen Eigenheiten eines jeden Kindes beachten.

Wachen Interesses nahm man die von uns drei Bildung-für-alle-Vertretern vorgetragenen Plädoyers für die Integration aller Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft auf, und zwar vom Kleinstkindhalter an. Zwar war auch seitens der Wissenschaftler mehrfach von Integration die Rede – auch ein uns übergebenes 19seitiges, verklausuliert geschriebenes Papier beschäftigt sich mit Integration –, als geistiger Ansatzpunkt erweist sich jedoch zumeist die alte Frage: Sind die Menschen mit Behinderungen integrationsfähig? So reicht denn auch das Vorstellungsvermögen der meisten Sonderschulexperten nur so weit, gemeinsames Lernen von sinnes- und körpergeschädigten mit „gesunden" Kindern zu akzeptieren.

Unsere Hauptforderungen, Integration ist unteilbar – auch geistig behinderte Menschen gehören zur Gesellschaft –, nicht die Kinder, die Einrichtungen müssen integrationsfähig sein, und die Eltern müssen entscheiden können, ob sie ihr Kind in einer Sonder- oder in einer Regeleinrichtung betreuen lassen, wurden jedoch als kaum realisierbare Traumvisionen gewertet.

Gegenargumente von uns: Ohne Visionen und kühne Träume wird man kaum etwas ändern; wenn man am Start nur kleine Schritte einplant, ist es kaum möglich, einen langen und sicher auch steinigen Weg anzugehen.

Ulrike Schröder
AG Bildung für alle

Sofortprogramm

Beschluß des Vorstands im Auftrag des Gründungskongresses

Der Gründungskongreß des Behindertenverbandes der DDR beauftragte den Vorstand, ein Sofortprogramm zu beschließen.

Das Sofortprogramm fixiert drei Schwerpunkte:

- Sicherung des Rechts auf Arbeit,
- Bildung und Erziehung als wirkliche Chance für alle Kinder,
- würdiges Wohnen der Menschen mit Behinderungen und ihrer Angehörigen.

1. Das **Recht auf Arbeit** der Menschen mit Behinderungen und ihrer Angehörigen ist durch Staat und Gesellschaft zu gewährleisten. Daher fordern wir:

1.1. Die Einhaltung der Gesetzlichkeit durch die zuständigen staatlichen Organe.

1.2. Verletzungen des Arbeitsrechts strikt und schnell zu ahnden und ungesetzliche Beeinträchtigungen der Betroffenen sofort rückgängig zu machen.

1.3. Zukunftsorientierte Konzeptionen zur geschützten Arbeit zu entwickeln und zu verwirklichen.

1.4. Berufsbildung und Berufsförderung durch öffentliche Träger und Unternehmer flächendeckend zu entwickeln.

2. **Bildung und Erziehung** waren bisher nicht allen Menschen mit Behinderungen zugänglich.

Daher fordern wir:

2.1. Bildungsrecht für alle Kinder, auch für die bisher ausgeschlossenen geistig Behinderten.

2.2. Rehabilitationspädagogische Einrichtungen dürfen nicht mehr der Aussonderung dienen.

2.3. Eine von der Ausgangssituation und der individuellen Perspektive bestimmte Aufnahme von Menschen mit Behinderungen in Regelschulen.

2.4. Lebensbegleitende Maßnahmen der Rehabilitation in jedem Lebensalter.

3. **Würdiges Wohnen** von Menschen mit Behinderungen gemeinsam mit ihren Angehörigen war bisher meist Ergebnis zähen Kampfes mit Widerständen und nicht Selbstverständlichkeit.

Daher fordern wir:

3.1. Keine lebenslängliche Unterbringung von Menschen mit Behinderungen in Alters-/Pflegeheimen.

3.2. Gewährleistung des Wohnrechts in den Familien dort, wo Behinderte und Angehörige das wollen und nach eigenem Ermessen können.

3.3. Gestaltung behindertengerechter Wohnungen und einer entsprechenden Wohnumwelt.

3.4. Gewährleistung der erforderlichen Bedingungen für Kommunikation und Teilnahme der Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben (Telefonvergabe, Zugängigkeit öffentlicher Gebäude etc.).

Der Behindertenverband der DDR leistet zur Erfüllung dieser Forderungen einen eigenständigen Beitrag.

Zeit für die Basis haben

Über die Arbeit der Hauptgeschäftsstelle

Wer die Räume am Köllnischen Park 3 in Berlin betritt, wird eine etwas chaotisch anmutende Atmosphäre vorfinden. Die seit dem 1. Juni nun fast vollständige hauptamtliche Mannschaft um den Hauptgeschäftsführer arbeitet auf vollen Touren. Wir sind fünf an der Zahl und bemühen uns, den Berg an Post, Anfragen, Bitten und berechtigten Forderungen abzutragen, der sich täglich noch erhöht.

Im Grunde freuen wir uns über diese rege Geschäftigkeit. Sie ist ein Beweis, daß dem Verband Stärke zugetraut wird. Auch ein Zeichen des Vertrauens ist dieses Herantragen von individuellen Nöten und Problemen. Doch wird diese Freude geschmälert. Es sind die täglichen, aktuellen Notwendigkeiten, auf die wir reagieren müssen, die uns die Arbeit erschweren. So bleibt der Berg ein Berg und unsere eigentliche Aufgabe, als Informations- und Koordinierungszentrum des Verbandes wirksam zu werden, ist auf kraftraubende Sofortmaßnahmen eingeengt. Diese beinhalten oft die Reaktion auf aktuelle politische Erscheinungen, die den Verband betreffen. Wir haben in kürzester Zeit lernen müssen, unser Leben vom Terminkalender bestimmen zu lassen.

Wie bereits aus den Bezirken, Kreisen und Orten kritisch bemängelt, ist der Informationsfluß zwischen den Gremien und der Basis nicht nur zähflüssig, sondern unzureichend und lückenhaft. Das macht nicht nur die Freunde an der Basis unzufrieden, sondern auch uns. Und weil dadurch die nicht abgearbeiteten Probleme neue schaffen, an dieser Stelle dieser Artikel.

Wie wir die anstehenden Probleme lösen können, ist uns oft nur schemenhaft bewußt. Das, um Mißverständnissen vorzubauen, ist nicht auf uns zurückzuführen, sondern unterliegt, wie so vieles in unserem Land, den Wandlungen und marktwirtschaftlichen Veränderungen.

Um Stärke zu beweisen, Stabilität zu erzielen, bedarf es der konkreten Unterstützung der Basis, wie den Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden. So wie von der Hauptgeschäftsstelle Unterstützung gefordert wird, so kann auch solches umgekehrt von der Basis mit wirksamen Mitteln erfolgen. Am Beispiel der eingegangenen Post ist das zu verdeutlichen. Die großen und schwerwiegenden individuellen Probleme, die Forderungen nach geeigneten Unterstützungen durch den Verband müssen nicht unbedingt an die Hauptgeschäftsstelle gerichtet werden. Sie können in den Orts-, Kreis- und Bezirksgeschäftsstellen bereits angehört werden. Dadurch könnte die Hauptgeschäftsstelle weitestgehend entlastet und ein Informationsfluß in Gang gesetzt werden, der dem Anliegen und den Aufgaben der Hauptgeschäftsstelle entspricht, nämlich mit den Bezirks-, Kreis- und Ortsverbän-

den in einen allseitig nützlichen direkten Kontakt zu treten. Dieser unmittelbare Austausch führt dann auch dazu, die Verbandstätigkeit zu beleben und zu vertiefen und dem Vorstand Entscheidungen zu ermöglichen, die konkret und direkt erfolgen können. Was wir jetzt tun, die Aufarbeitung der individuellen Post mit der uns oftmals erschütternden Schwere der Problemstellungen könnte dann zugunsten der schnellen Lösung vor Ort wegfallen.

Wir geben zu bedenken:

Unser Verband ist erst etwas über ein Vierteljahr tätig. Mehr als vierzig Jahre der bepflegten und bevormundeten Duldung, der fehlenden Wahrung der Interessen der Menschen mit Behinderungen und der, trotz aller gesetzlichen Varianten, ausgebliebenen Hilfestellung durch den Staat kann dieser Verband nicht in der Kürze der Zeit aufgeholt und verbessert haben. Schon gar nicht unter den Bedingungen der veränderten politischen Situation, die täglich mit neuen Schwierigkeiten aufwartet.

Wir wollen die allseitige gesellschaftliche Integration, die gesetzliche Verankerung der Forderungen und Interessen der Menschen mit Behinderungen, wir wollen ihre gleichrangige Partnerschaft in allen Bereichen des Lebens. Diese berechtigten Forderungen müssen jedoch nachhaltig und nachdrücklich erkämpft werden. Wenn jedoch die Arbeit der Hauptgeschäftsstelle sich darauf konzentrieren muß, den Berg der individuellen Post abzuarbeiten, bleibt kaum Zeit für basisorientierte Tätigkeit. Hierauf möchten wir uns konzentrieren. Darum habt Verständnis dafür, daß wir die eingehende Post an die Bezirke bzw. Kreise weiterleiten und von dort die Antwort kommt. Auch die für die thematischen Arbeitsgruppen verantwortlichen Vorstandsmitglieder sowie die jeweiligen Vertreter der künftigen Bundesländer im Vorstand werden nunmehr stärker an der Erarbeitung von Lösungen vor Ort mitwirken.

In diesem Sinne für euer Vertrauen und Verständnis dankend

Klaus Hammerlik

Anmerkung der Redaktion

Verwundert über die vom Hauptgeschäftsführer Klaus Hammerlik im obigen Artikel geäußerte Meinung, stellen wir fest: Wir wünschen uns weiterhin viel Post – und zwar direkte vom Mitglied, ohne vorher irgendwelche Instanzen zu berücksichtigen. Gerade über diese unserer Meinung nach behindertentypische Form der Kommunikation können wir am besten ins Gespräch kommen und unsere Aufgaben miteinander abstimmen. Also schreibt weiter, seid nicht böse, wenn Ihr nicht umgehend Antwort bekommt, doch auch das soll sich schnell ändern, obwohl wir nie fünf hauptamtliche Mitarbeiter haben werden ...

Probleme mit den Spenden

Ein Kapitel der Mißverständnisse

Als bereits vor dem Gründungskongreß und während dessen Beratungen über die Spende des bundesdeutschen Arbeitsministers Norbert Blüm sowie über Spenden von Parteien und Organisationen debattiert wurde, gab es kontroverse Auseinandersetzungen, die sich bis zum heutigen Tag nicht verringert haben. Aus diesem Grund sei an dieser Stelle noch einmal das Thema aufgegriffen.

Bei der bundesdeutschen Spende handelt es sich um projektbezogene materielle Zuwendungen in Form von Kinderrollstühlen, Hebezeugen für Behinderte, also technische Hilfsmittel, sowie um behindertengerechte Fahrzeuge. Berechtigte Forderungen werden deshalb immer wieder an den Präsidenten und die Hauptgeschäftsstelle des Behindertenverbandes gestellt. Es sei deshalb von ihr folgendes erklärt:

Nach zähen Verhandlungen im Ministerium für Gesundheit, bei denen Vertreter der Bundesregierung anwesend waren, ergab sich, daß die bundesdeutsche Spende mehrseitigen Charakter hat. Zum einen gilt sie Einrichtungen wie Charitas, Diakonisches Werk, Reha-Zentren und Körperbehindertenschulen, zum anderen Organisationen und Verbänden wie dem DRK, dem Arbeiter-Samariter-Bund, der Johanniter-Unfall-Hilfe, der Lebenshilfe e.V. und dem Behindertenverband. Von den bereits auf dem Gründungskongreß angekündigten Fahrzeugen ist bisher weder eine Auslieferung erfolgt, noch in irgendeiner Form eine konkrete Terminfestlegung getroffen worden. Nach dem Ergebnis der Verhandlung vom 8. Juni 1990 ergibt sich eine Möglichkeit, die für den Behindertenverband vorgesehenen Fahrzeuge zu bekommen, vorausgesetzt, der Verhandlungspartner in der Bundesregierung meldet keine erneuten Einwände hinsichtlich der angeblich nicht gewährleisteten wirtschaftlichen Auslastung der Fahrzeuge im Behindertenverband an.

Über die Verwendung der anderen eingegangenen Spenden hat der Vorstand auf dem Gründungskongreß eine eindeutige und klare Aussage getroffen. Es sollte Verständnis dafür geben, daß die dem Verband zugesprochenen Spenden auch den Verbandsmitgliedern, d. h., den Bezirks-, Kreis- und Ortsverbänden, sowie den behinderungsspezifischen DDR-weiten Verbänden, die ihre Mitgliedschaft im Dachverband schriftlich bekundet haben, zugute kommen. Hierbei, so der Beschluß des Vorstandes, sind es vorrangig projektbezogene Anträge, die aus Mitteln der Spenden finanziert werden. Dem Beschluß des Vorstandes folgend, werden deshalb keine individuellen Projekte durch Spenden unterstützt, es sei denn, es liegen dem Vorstand schwerwiegende und alarmierende Anträge vor.

Klaus Hammerlik

Vorstand

des Behindertenverbandes der DDR e.V.

Präsident

Dr. Ilja Seifert
Am Köllnischen Park 3
Berlin, 1026
Tel. d.: 27 82 23 81/2 02 28 35

Stellv. Präsidenten

Beate Thrams
Archenholdring 29
Eisenhüttenstadt, 1220
Tel. p.: 6 10 68
AG Kinder und Bildung

Dr. Andreas Keller
Humboldstraße 37
Ilmenau, 6327
Tel. d.: 7 47 25
AG Rehabilitationstechnik

Ralf Grabow
Hans-Sachs-Allee 27
Rostock, 2500
AG Jugendarbeit/Sport

Mitglieder des Vorstandes

Gudrun Hesse
Ahornweg 2
Hettstedt, 4270
Ag Soziales auf ländlichem Gebiet

Dr. Rolf Kießig
Breiter Weg 258
Magdeburg, 3010
Tel. d.: 37 72 91/p.: 3 30 12
AG internationale Arbeit/Kontakt zu Partnerorganisationen

Rolf Klanert
Straße der DSF 8
Ribnitz-Damgarten, 2590
Tel. d.: 36 55 30
AG Sozialpolitik/Recht

Rainer Kluge
Albert-Klink-Straße 19
Potsdam, 1560
Tel. d.: 2 45 57
AG Finanzen/Kontakt zu Rat der Gemeinden

Ursula Muske
Hospitalstraße 6
Pasewald, 2100
Tel.: 26 90
AG Menschenwürdiges Wohnen (Heim)/Bedarf und Ausführung

Carmen Schwarz
Biesenbrower Straße 55
Berlin, 1090
AB Bauwesen/Verkehr/Wohnen

Frank Merkel
Block 249/2
Halle-Neustadt, 4090
Tel.: 64 57 43
AG Konzeptionelle Arbeit/Programm

Hauptgeschäftsführer

Klaus Hammerlik
Am Köllnischen Park 3
Berlin, 1026
Tel. d.: 27 82 23 84

Integration in Bernau

Diskussion zu Bildungskonzepten

Ein Mammutprogramm mit Verantwortlichen regelte am 23. Mai die wesentlichen Grundlagen und beseitigte Mißverständnisse. Nachmittags trafen sich interessierte Kindergärtnerinnen aus Bernau und Zepernick.

Unsere Arbeitsgruppe Integration gab einen Überblick über die Berliner Integrationsmodelle, die auch erst ab September realisiert werden. Es wurden verschiedene Modelle und Möglichkeiten vorgestellt, aber auch über Voraussetzungen, die unbedingt notwendig sind, diskutiert.

In vier Einrichtungen der Stadt wurde unsere Umfrage gestartet, erste Ergebnisse lagen vor und boten eine interessante Arbeitsgrundlage (400 Fragebögen).

Die Frage „Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, daß es behinderte Menschen gibt?" wurde fast 100prozentig mit ja beantwortet. „Würden Sie es befürworten, wenn behinderte und nichtbehinderte Kinder miteinander spielen und lernen", wurde zu 90 Prozent mit ja beantwortet. In Berlin waren die Ergebnisse ähnlich. Unsere Umfrage geht weiter.

Jede Kindereinrichtung hat andere Bedingungen, die beachtet werden müssen. Offen und verständnisvoll waren alle Beteiligten dieses Treffens, und es gab auch gleich konkrete Angebote z. B. vom Kindergarten Lohmühlenstraße, aber auch aus anderen Gemeinden.

Abends wurde es dann noch konkreter, es ging um unser Integrationsmodell Kindergarten Am Angergang. Hier trafen sich unsere Selbsthilfegruppe, Kindergärtnerinnen der Einrichtung, unsere Vorschulreferentin Frau Prengel (die sehr aufgeschlossen der gesamten Problematik gegenüber steht und bisher konstruktiv und unbürokratisch mitarbeitete) und andere Verantwortliche wie Frau Richter, Frau Dr. Schmidt und interessierte Mütter.

Es geht hier um fünf bis sechs Kinder, drei wurden hier konkret benannt, die in diesem Einzugsgebiet wohnen und behutsam eingelebt werden müssen, weil sie bisher keine Einrichtung besuchten. Lobend zu erwähnen ist auch die Körperbehindertenschule Börnicke, wo jetzt ein Kind, das sechs Jahre zu Hause war, eingewöhnt wird. Es sind Anfänge. Wir wollen keine Almosen und kein Mitleid, sondern praktische Integration und ein menschenwürdigeres Leben.

Als Kontaktstelle für Integration ist der Kindergarten Angergang zur weiteren Auskunft und Hilfe bereit: Bernau 55 84.

Unsere Elterngruppe bleibt dran bei der Realisierung dieser Modelle und Projekte.

Behindertenverband Bernau

Sabine Jaeger/Markus Obstück

Berlin-Brandenburg

Ein Leben voller Unsicherheit

Gründung der Multiple-Sklerose-Gesellschaft

Vertreter von Selbsthilfegruppen aus Frankfurt, Cottbus, Potsdam und Berlin trafen sich kürzlich in Köpenick, um einen Verband für das Land Berlin-Brandenburg zu gründen, der die Interessen der an Multiple Sklerose Erkrankten vertreten soll. MS ist eine Krankheit mit tausendundeinem Gesicht, jedoch kein Märchen, sondern bittere Realität für viele Menschen. Für die Ursachen dieser Krankheit gibt es bisher kaum schlüssige Beweise, so daß bisher auch keine Heilung möglich ist. Die Betroffenen aber wollen mit ihrer Krankheit gleichberechtigt in der Gesellschaft leben und ihr Schicksal selbst mitbestimmen.

Dieses erklärte Ziel spiegelt sich auch in der Satzung des Verbandes wider, in der es heißt: „MS-Erkrankte sind nicht nur passiv leidende, sondern entsprechend ihren Möglichkeiten aktive Mitgestalter ihres eigenen Lebens. Der Verband läßt sich davon leiten, daß nur eine behindertengerechte Gesellschaft eine menschliche Gesellschaft ist." Dieser Grundsatz zieht sich dann wie ein roter Faden durch die Satzung, in der verankert wird, daß die an MS erkrankten Mitglieder in allen Organen des Verbandes mit Sitz und der ausschlaggebenden Stimme vertreten sind.

Die Mittel und Möglichkeiten des Verbandes sollen im Interesse der Betroffenen für Forschung und Betreuung eingesetzt werden. Übereinstimmung herrschte auch bei der Frage zur Stellung des MS-Verbandes zum Behindertenverband der DDR. Warum sollte man auch die Kräfte zersplittern? Viele Probleme der Behinderten sind identisch und in der Gemeinschaft des Behindertenverbandes wirksamer zu lösen. Die „DMSG der DDR Berlin-Brandenburg e.V.", so der vollständige Name des Verbandes, soll sich den spezifischen Problemen der an MS-Erkrankten widmen.

Bis zur Einberufung einer Delegiertenkonferenz wurde ein vorläufiger Vorstand gewählt. Hier zeigte es sich, wie ernst es den Anwesenden mit der Satzung ist, denn die übergroße Mehrheit der Vorstandsmitglieder sind MS-Erkrankte, so auch der Vorsitzende, Dr. S. Schöler, der diese Gründung initiiert hatte. Auch von staatlicher Seite wurde der Veranstaltung Aufmerksamkeit geschenkt, was sich in der Anwesenheit des Behindertenbeauftragten Rolf Barthel zeigte. Wir wünschen, daß sich die Hoffnungen und Wünsche der Betroffenen, die sie mit der Verbandsgründung verbinden, erfüllen und eine erfolgreiche Arbeit geleistet wird.

Peter Götze

Erweiterter Aktionsradius

Der „MC für Versehrte" stellt sich vor

Gegründet wurde der „MC für Versehrte" im ADM der DDR Berlin im April 1986. Zur Zeit hat er 70 Mitglieder, darunter fünf Rollstuhlfahrer, mit 27 PKW, 16 DUO und 1B-Krad. Wir führen monatliche eine Versammlung, jährlich 12–14 motortouristische Ausfahrten und Dampferfahrten, Besuche von Kulturveranstaltungen u. a. m. durch. So fahren wir einmal im Jahr für mehrere Tage in ein Ferienheim. Zum Beispiel waren wir Anfang April 1990 in einem schönen Heim in Alt Reddewitz auf der Insel Rügen. Einen Tag davon nutzten wir zu einer Fahrt mit dem schwedischen Fährschiff „Trelleborg" zum Fährhafen Trelleborg, Schweden.

Pokale und Urkunden für die Clubmeister

Auch der Motorsport kommt bei uns nicht zu kurz. Je zwei Wertungsläufe für DUO und PKW auf der Grundlage der Globalausschreibung „Ralley für Jedermann" und der Turniersport stehen auf dem Programm. Mit Pokalen und Urkunden küren wir unsere Clubmeister. Ende 1989 wurde uns bekannt, daß ebenfalls seit 1986 ein gleichartiger Club für Versehrte, der „MC Kontakt" in Leipzig existiert. Ein erstes direktes Treffen gibt es am 10. Juni 1990 in Groß-Lübbenau.

Seit Jahren arbeiten zwei Sportfreunde unseres Clubs bei der Weiter- und Neuentwicklung von behindertengerechten motorisierten Versehrtenfahrzeugen mit. Es würde viele Seiten füllen, den Kampf dieser beiden gegen Unverständnis, Sturheit, Bürokratie und Arroganz bis in die jüngste Vergangenheit hinein zu beschreiben. Beide arbeiten aktiv im Behindertenverband mit.

Wie geht's weiter mit Versehrtenfahrzeugen?

In diesem Zusammenhang stellt unser MC die Frage: Wie geht es weiter mit der Versorgung auf motorisierte Fahrzeuge angewiesener Behinderter? Aus der bisherigen DDR-Produktion – Trabant 1.1., Wartburg 1.3 – ist ja wohl nichts mehr zu erwarten – oder? Wer hilft bei der Finanzierung (Zuschuß, Kredit u. ä.)? Hier sind die Ministerien für Arbeit und Soziales und für Gesundheitswesen gefordert.

Wer sich für unseren Club und unsere Arbeit interessiert, wende sich an Gerhard Schulz (Vorsitzender), Leopoldstr. 25, Berlin 1134, Tel.: 2 46 24 59 oder Dieter Jansa (Geschäftsführer) Pintschstr. 22, Berlin 1034, Tel.: 4 39 95 96.

Dieter Jansa

Zeitschrift
für Angehörige und Freunde
geistig behinderter Menschen

Möglichkeiten zum Lernen

Hinweie für Eltern zur Arbeit mit ihren Kindern

Im letzten Heft kündigten wir unter dem Motto „Auch unsere Kinder sollen Lesen und Schreiben lernen" Hinweise an, wie Eltern (und natürlich auch Erzieher) diesen Prozeß unterstützen können. Dazu nun zwei Beispiele.

Zur Schulung der auditiven Differenzierungsfähigkeit (differenziertes Hören)

Sicher wird es jedem Kind Spaß machen, Geräusche zu erraten, die mit alltäglichen Gebrauchsgegenständen vorgeführt und dann, verdeckt, wiederholt werden. Ebenso gern erraten die Kinder beim Schütteln von gleich aussehenden Büchsen oder Schachteln, in denen zum Beispiel Bonbons, Bausteine oder metallische Dinge enthalten sind, den Inhalt.

Ein anderes Spiel ist das Heraushören von Wörtern aus einer Wortreihe. Man nennt dem Kind wahllos Gegenstände. Einen Gegenstand oder dessen Abbild hält das Kind in der Hand. Immer, wenn dieser Gegenstand genannt wird, soll es ihn bzw. das Bild hochhalten.

Es hilft den Kindern, wenn es die Sprachlaute mit einem Vorstellungsbild verbinden kann (Lok für Sch-, Biene für S-, Luftballon, aus dem die Luft entweicht, für F-). Wenn einzelne Laute erkannt werden, ist es möglich, Bilder mit Dingen, die mit dem gleichen Laut beginnen, zu sammeln und das Kind darauf aufmerksam zu machen.

Als nächstes kann man dann die Aufgabe stellen, Bilder, bei denen es am Anfang den betreffenden Laut hört, auszuwählen. Dabei können die Wörter noch einmal deutlich vorgesprochen werden. Mitunter schaffen die Kinder es auch bald, sich das Wort gesprochen vorzustellen. Dann finden sie die Lösung auch, ohne das Wort noch einmal gehört zu haben.

Zur Schulung der visuellen Differenzierungsfähigkeit (differenziertes Sehen)

Wenn Eltern ihren Kindern etwas zeigen, sollten sie das immer auch sprachlich begleiten, indem sie auf die Teile des Gegenstandes oder wesentliche Merkmale oder Eigenschaften aufmerksam machen. So lernt das Kind, genauer hinzusehen und analytisch wahrzunehmen. Für das Erlernen der Schriftsprache ist außerdem das Wahrnehmen der Raumlage sehr wichtig. Eine gute Übung dafür ist das Anschauen von Bildern, wobei man feststellen läßt, was oben und unten, vorn und hinten, rechts und links zu sehen ist.

Um das Kind an die Schreibrichtung von links nach rechts zu gewöhnen, beginnt man auch heute beim Zeichnen von Reihenmustern und beim Zählen von Reihen immer von links.

Besonders gut geeignet für das Wahrnehmen von Richtungen ist das Legen von Gegenständen mit Stäbchen, z. B. Zäune, Schienen, Leitern, Zahnbürsten.

Um dem Kind nicht die Freude beim Lernen zu nehmen, erzwingen Sie nichts. Loben Sie es für richtige Lösungen und üben Sie nur solange, wie das Kind Lust hat. Falsche Ergebnisse sollten Sie nicht bewerten, sondern zu einer leichteren Aufgabe übergehen, die das Kind wieder mit Erfolg kann.

Ursula Bürgel

Eine Tagesstätte im Aufbruch

Endlich bessere Möglichkeiten zur Betreuung in Köpenick

Seit 15 Jahren gibt es in Berlin-Köpenick eine Tagesstätte, in der drei- bis elfjährige Kinder mit geistiger Behinderung gefördert werden. Seit fast genauso vielen Jahren leben wir dort mit Unzulänglichkeiten. Baulich ungeeignet, schlecht zugänglich wegen hoher Eingangstreppe, zu wenig Räume, keine Möglichkeiten, Kinderwagen oder Rollstühle abzustellen usw. Deshalb konnten bisher auch noch nicht alle Kinder unseres Stadtbezirks, besonders die mit Mehrfachschädigungen, aufgenommen werden.

Seit Jahren bemühen wir uns um ein neues Haus. Nun ist es endlich soweit – wir ziehen um: in eine Kinderkombination, zentral gelegen, schöne, helle Räume, auch für Rollstühle zugänglich, kindgerechte Sanitäranlagen. Viele Gedanken, Vorstellungen, Wünsche können nun Wirklichkeit werden.

Nun können endlich alle Kinder aufgenommen werden, auch die mit Schwerst- und Mehrfachbehinderungen, die einen erhöhten Pflegeaufwand benötigen. Es deuten sich zwei Abteilungen in unserem Haus an, zum einen zur Förderung und Betreuung schwerstbeschädigter Kinder, zum anderen zur Förderung und Vermittlung von Kulturtechniken, in Form einer Ganztagsschule für Geistigbehinderte.

Viele Eltern können ihr behindertes Kind nicht unbeaufsichtigt lassen und haben dadurch sehr eingeschränkte Freizeitmöglichkeiten. Deshalb wollen wir Übernachtungsmöglichkeiten für unsere, eventuell auch für Kinder aus anderen Stadtbezirken, schaffen. Dazu sind natürlich genaue Absprachen und Anmeldungen nötig.

Falls es unsere Erzieherkapazität erlaubt und der Bedarf besteht, bieten wir einen Hausbetreuungsdienst an. Dieser soll sich auf stundenweise Betreuung und Förderung behinderter Kinder im Haushalt beschränken.

Die Kombination, die wir beziehen, besteht aus zwei Teilen. Wir werden den ehemaligen Krippenteil nutzen, nebenan ist ein Kindergarten. So ergeben sich hier sehr günstige Bedingungen für eine Integration unserer Kinder, eventuell für eine Integrationsgruppe. Es gab bereits Absprachen mit der Leiterin und den Kindergärtnerinnen. Sie stehen unserem Anliegen sehr aufgeschlossen gegenüber. Natürlich ist hier Öffentlichkeitsarbeit erforderlich und es bedarf auch der Zustimmung aller Eltern für einen solchen Schritt.

Auf einer Elternversammlung im März haben wir unser Konzept vorgelegt und große Zustimmung von den Eltern erhalten. Alle Erzieher und Therapeuten (Logopädin, Physiotherapeut, Musiktherapeut) freuen sich auf diesen „Aufbruch".

Erika Mager
Leiterin der Tagesstätte
1170 Berlin, Puchanstraße

Ferien im Heim „Seerose"

Neu seit dieser Woche ist die Ferienmöglichkeit für geistig Behinderte und ihre Familien im Heim „Seerose" bei Wünsdorf. Neu für DDR-Verhältnisse ist auch die Vermittlung. Ein Service-Ring-Berlin (SRB) e.V. schloß mit dem Kreisrehabilitationszentrum (KRZ) Zossen im Bezirk Potsdam einen Vertrag darüber ab. Die Westberliner Organisation versteht sich als gemeinnütziges Dienstleistungszentrum unter anderem für Behinderte. Die 30 Plätze für Urlaub oder auch nur mal ein Wochenende werden je zur Hälfte an DDR- und BRD-Bürger vermittelt.

Pro Übernachtung sind 20 DM (für Kinder bis 14 Jahren die Hälfte) zu bezahlen. Im Vergleich zu bundesrepublikanischen Preisen, so der Leiter der Westberliner Dienstleister, „sehr günstig". Viele von uns aus der DDR werden mit Blick auf gehabte Preise in Betriebs- und Gewerkschaftsferienheimen allerdings anders urteilen.

Denn inklusive ist bei den zwanzig harten Mark nur das Frühstück. Dennoch darf man nicht vergessen, daß bisher nur sehr wenige Urlaubsangebote für Behinderte und ihre Angehörigen existierten ... Wer sich für Heim „Seerose" anmelden möchte, kann das telefonisch über die Touristik-Filiale des SRB in Berlin (DDR) unter 5 27 89 72 oder direkt im Heim über Wünsdorf 2 77 oder 3 45.

Schon für Rollis zugänglich ist ein Ferienobjekt bei Zwickau, für das das Kontakttelefon einer Mobil-Netz-Arbeitsgemeinschaft vermittelt: Berlin (DDR) 2 49 43 44. Die Preise dort: Erste Nacht 13,50 Mark, alle weiteren sieben Mark, dazu für gegenwärtig 8,50 Mark drei Mahlzeiten pro Tag.

Helga Schönwald

Der Artikel wurde mit freundlicher Genehmigung der „Jungen Welt" vom 9./10. 6. 1990 entnommen.

Hilfe zur Selbsthilfe

Spielmittel für behinderte und nichtbehinderte Kinder

Gute Förderung geistig oder mehrfach behinderter Kinder setzt den Einsatz geeigneter Spiel- und Hilfsmittel voraus. Der Bedarf daran konnte seit Jahren nicht gedeckt werden. Es ist auch fraglich, ob auf Grund der Spezifik der Behinderung industriell gefertigte Mittel für jedes Kind die günstigste Variante sind. Deshalb hat sich 1984 in Bernau unsere Gruppe PÄDAGOGIK UND FORM gebildet und erarbeitet seitdem Spielmittel für behinderte und nichtbehinderte Kinder.

Wir sind als Rehabilitationspädagoge, Arbeitstherapeut, Gartenbauingenieurin und Kindergärtnerin tätig. Wichtig ist uns die interdisziplinäre Arbeit mit Institutionen, Ärzten, Pädagogen, Psychologen, Gestaltern

und vor allen Dingen Eltern. Im Juli 1989 zeigten wir unsere Exponate auf der Ausstellung „Womit spielt das behinderte Kind" im Berliner Fachkrankenhaus Herzbergstraße. Die breite Resonanz, die wir dort bei Eltern und Mitarbeitern erfuhren, machte uns Mut und zeigte uns, daß in diesem Bereich noch viel zu tun ist. Eine wichtige Aufgabe dabei haben die Elterngruppen, die ihren Bedarf an speziellen Spiel- und Hilfsmitteln anmelden und mit durchsetzen müssen.

Inzwischen gibt es eine Zusammenarbeit mit der Erfinderwerkstatt in Westberlin. Jeden Samstag arbeitet unsere Gruppe mit Eltern behinderter Kinder in dieser Werkstatt. Wir bringen unsere Erfahrungen ein und erhalten dort gute materielle Voraussetzungen, um individuelle Fahrzeuge für Behinderte zu bauen. Die ersten fahren bereits in der Tagesstätte in Berlin-Treptow. Jetzt haben wir eine Serie von Zweisitzern begonnen, auf denen Behinderte und ihre Begleiter nebeneinander sitzend fahren können.

Grundanliegen unserer Gruppe ist es, vorhandene Erfahrungen immer wieder individuell auf das jeweilige Kind zuzuschneiden. Dies ist und bleibt dabei für uns ein Selbsthilfeprojekt, denn der Marktwirtschaft werden wir kaum gewachsen sein. Eine ähnliche Selbsthilfewerkstatt, in der Eltern und Einrichtungen ihre Interessen anmelden und auch selbst zur Verwirklichung beitragen können, stünde jeder Stadt gut zu Gesicht.

Markus Obstück/Klaus Müller

Im Rehabilitationszentrum Berlin Buch

Geschichte und Gegenwart

Rehabilitationszentrum Berlin-Buch

Es hat schon etwas Oasenhaftes, dieses Rehabilitationszentrum in Berlin-Buch, wenn man vom stickigen Stadtzentrum in den wesentlich grüneren Stadtbezirk hineinfährt. Alte Bäume umsäumen die ehemalige Klinik im parkähnlichen Objekt.

Das schloßartig gebaute Haus, die ehemalige Orthopädische Klinik, war um die Jahrhundertwende ein Heim für tuberkulosekranke Männer. Die unterschiedlichsten medizinischen Einrichtungen fanden dort im Laufe der Zeit einen Platz, bis dann 1954 die Anfänge der Rehabilitation auf steinigem Wege beginnen sollten. Dieses heute größte Rehabilitations-Zentrum seiner Art in der DDR begann damals mit einer ersten Zusatzausbildung von Masseuren zu Krankengymnasten, dem Aufbau einer Arbeitstherapie-Abteilung und der Durchführung eines ersten Ferienlagers für geschädigte Kinder.

Berufsausbildung begann 1960

1960 wurde dann die Orthopädische Klinik von der gesamten Einrichtung getrennt, und es entstand das Krankenhaus für Orthopädie und Rehabilitation. Man begann mit der Berufsausbildung sehr schwer geschädigter Jugendlicher, die auf Grund der notwendigen medizinischen Betreuung nicht in ein Rehabilitationszentrum herkömmlicher Art für die Berufsausbildung Körperbehinderter aufgenommen werden konnten.

Einige Jahre später wurde hier der Handradwagen – der Rollstuhl mit Greifreifen – entwickelt. Und das war der erste Schritt zur Bildung einer Abteilung Technische Hilfen. Heute existiert diese Abteilung als ein eigenständiger Teil des Zentrums. Hier werden nicht nur Rehabilitationshilfen angepaßt und weiterentwickelt, sondern die Patienten werden auch beraten, und man ist bemüht, für jeden die beste Lösung zu finden. Gleichzeitig konnte ebenfalls eine erste geschützte Werkstatt eingerichtet werden. Hier erfolgt die Rehabilitation solcher behinderter Menschen, die trotz Vorbereitung in einer Arbeitstherapie noch nicht in

Prof. Dr. med. Christa Seidel

Betriebe aufgenommen werden können.

Die Abteilung der Rehabilitationswerkstätten umfaßt heute die verschiedenen Werkstätten, die Ergodiagnostik, die berufsvorbereitende Rehabilitation und die Heimarbeiterbetreuung. Es werden beispielsweise 80 bis 85 Heimarbeiter betreut, d. h., sie, die die Wohnungen nicht verlassen können, werden nicht nur mit Arbeitsmaterial versorgt, sondern soweit wie möglich auch kulturell betreut. Das ist wohl ganz besonders wichtig, damit auch diesen Menschen das Gefühl gegeben werden kann, einbezogen zu sein, Kontakte zur Umwelt zu haben. In der berufsvorbereitenden Reha werden Jugendliche bis etwa 14 Jahre z. B. als Facharbeiter für Schreibtechnik oder Wirtschaftsleute ausgebildet bzw. zu einfachen Hilfsarbeiten befähigt. Das allerdings wird von den Anforderungen der verschiedenen Betriebe beeinflußt, die ihre Arbeitskräftevorstellungen an die Einrichtungen herantragen sollen. Man kann gerade hier für die Zukunft nur hoffen, daß auch für die behinderten Mitbürger Platz zum Leben und Arbeiten bleibt und sie nicht gänzlich durch „vollwertige" Arbeitskräfte aus dem Heer der Arbeitslosen verdrängt werden.

Es sieht wie Spiel aus, ist aber Teil systematischer Rehabilitation

Ein paar Zukunftsängste gibt es da schon. Vergleicht man die Zahl der arbeitslosen Behinderten mit der der arbeitslosen Nichtbehinderten in der BRD (für die DDR gibt es solche offiziellen Zahlen noch nicht), dann stellt man fest, daß es doppelt so viele Arbeitslose bei den behinderten Menschen gibt, jeweils prozentual auf die Gesamtmenge gesehen.

Zwei weitere Eckdaten sollten aus der bewegten Geschichte des Zentrums noch genannt werden: 1980, da wurde die Klinik für Rehabilitation zum Rehabilitationszentrum und damit zur Leiteinrichtung des Ministeriums des Gesundheitswesens und 1988, da erfolgte die Inbetriebnahme

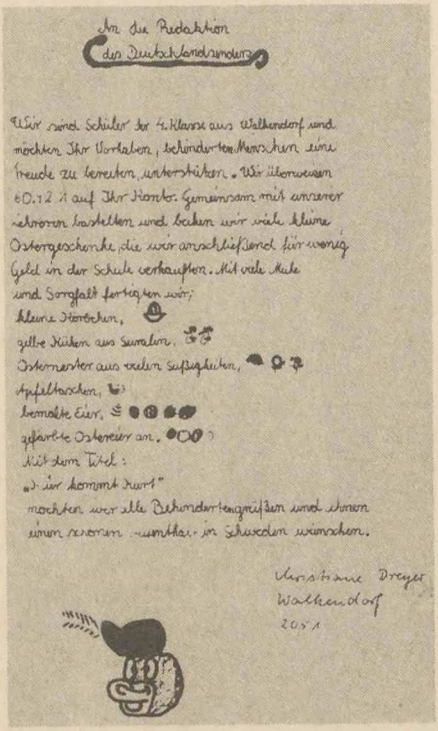
Physiotherapeutische Behandlung gehört ebenso wie Sport, Spiel und Lernen zum Tagesablauf in Berlin-Buch

des Neubaus, der z. Z. alle Aufgabenbereiche der alten Klinik übernommen hat, die jetzt rekonstruiert und umgebaut wird.

Dieses zwölf große Arbeitsbereiche umfassende Zentrum verfügt über große Möglichkeiten der Rehabilitation und vor allem über ein mit viel Engagement arbeitendes Personal. So kann die Direktorin des Zentrums, Frau Prof. Seidel, mit Stolz davon sprechen, daß die vorjährige Ausreisewelle keine Lücken gerissen hat: „Wer hier anfängt, der geht entweder im ersten halben Jahr oder er bleibt für immer." Das spricht für die Arbeitsatmosphäre. Es könnten viele beispielgebende Dinge, gerade was die Betreuung im Rahmen des Möglichen (auch dort können nur die vom Staat zugeschossenen finanziellen Mittel verbraucht werden) angeht, genannt werden, aber es ist völlig unverständlich, wie das erwähnte neue Gebäude (1988 fertiggestellt) so unbedacht gebaut werden konnte. Dieses Haus wurde für eine künftige Bestimmung als Pflege- und Therapieeinrichtung des Reha-Zentrums konzipiert. Wie kann es da sein, daß Balkone so schmale Türen haben, daß Rollstuhlfahrer sie nicht nutzen können. Haben diese sich dann doch unter Mühen hinausgezwängt, müssen sie feststellen, daß die Brüstung zu hoch ist. Das sind bedauerlicherweise nur Beispiele einer nicht richtig überlegten Konzeption.

Die Betroffenen fühlen sich natürlich nun doch nicht wie im Paradies. Man wäre schon zufrieden, denn die Schwestern und Ärzte sind nett, man gibt sich viel Mühe. Und je nach Grad der Schädigung gibt es vielfältige Programme der Rehabilitation. Da fängt es mit dem Sportplatz und der Schwimmhalle an, geht über die Sauna zur Prothesenbetreuung und -anfertigung sowie verschiedene Arbeitstherapien bis hin zu den klinischen Abteilungen. Alle Abteilungen sind natürlich auch von ambulanten Patienten zu benutzen. Aber der eine oder andere Patient, der lange oder gar sehr lange Zeit in Berlin-Buch verbringt, fühlt sich kulturell doch vernachlässigt. Ist der Tag mit den unterschiedlichsten Behandlungen und Arbeiten am frühen Nachmittag beendet, beginnt meist die Langeweile. Sicher auch ein Personal- und Finanzproblem, vielleicht läßt es sich in Zukunft lösen.

Kerstin Dornig


An die Redaktion
der Deutschlandsender

Wir sind Schüler der 4. Klasse aus Walkendorf und möchten Ihr Vorhaben, behinderten Menschen eine Freude zu bereiten, unterstützen. Wir überweisen 60,42 M auf Ihr Konto. Gemeinsam mit unserer Lehrerin bastelten wir und haben wir viele kleine Ostergeschenke, die wir anschließend für wenig Geld in der Schule verkauften. Mit viel Mühe und Sorgfalt fertigten wir:
kleine Körbchen,
gelbe Kücken aus Suralin,
Ostereier aus vielen Süßigkeiten,
Apfeltaschen,
bemalte Eier,
gefärbte Ostereier an.
Mit dem Titel:
„Hier kommt Kurt"
möchten wir alle Behinderten grüßen und ihnen einen schönen Aufenthalt in Schweden wünschen.

Christiane Dreyer
Walkendorf
2051

60,42 M aus Walkendorf

Zu der vom Deutschlandsender initiierten Spendenaktion „Reisen Behinderter nach Schweden" erreichten uns viele Spenden und Zuschriften. Unter anderem von der Klasse 4 aus Walkendorf, deren Schüler sich viel Mühe gaben und dem Deutschlandsender in kleinen Briefchen jeder einzeln schrieben. Stellvertretend für alle der oben gezeigte Brief von Christiane Dreyer, dessen Text lautet: „Wir sind Schüler der Klasse 4 aus Walkendorf und möchten Ihr Vorhaben, behinderten Menschen eine Freude zu bereiten, unterstützen. Wir überweisen 60,42 M auf Ihr Konto. Gemeinsam mit unserer Lehrerin bastelten wir viele kleine Ostergeschenke, die wir anschließend für wenig Geld in der Schule verkauften. Mit viel Mühe und Sorgfalt fertigten wir:
kleine Körbchen,
gelbe Kücken aus Suralin,
Ostereier aus vielen Süßigkeiten,
Apfeltaschen,
bemalte Eier,
gefärbte Ostereier an.

Mit dem Titel: „Hier kommt Kurt" möchten wir alle Behinderten grüßen und ihnen einen schönen Aufenthalt in Schweden wünschen.

Christiane Dreyer
Walkendorf, 2051

*

Eisenbahnfahren für Rollstuhlfahrer

Eisenbahnfahrten sind für Rollstuhlfahrer immer noch ein Problem. Hat man einen Zimmerrollstuhl, so wird man mit diesem manuell in den Packwagen gehoben und kann die Fahrt als Stückgut fortsetzen. Mit einem Elektrorollstuhl ist das nicht möglich. Man sagt uns, es gäbe auf den Bahnhöfen Hebegeräte. Aber welcher Rollstuhlfahrer ist in der Lage, in Windeseile an so ein Gerät heranzukommen, besonders wenn er ohne Begleiter ist? Nun, es gibt ihn ja, den „Spezialwaggon für Behinderte". Nur die hydraulische Hebevorrichtung wurde einfach vergessen!

Wir haben doch auf dem Kongreß in Berlin gesehen, daß es Busse mit einer derartigen Einrichtung gibt.

Also warum nicht auch für Eisenbahnwaggons? Ich denke, wir müßten auch bei diesen Verkehrsproblemen einmal weiterkommen. Ich möchte mich gern dafür einsetzen.

Oskar Hädrich
Stendal

*

Herzlosigkeit ohne Beispiel

Ich bin 54 Jahre alt, Invalidenrentnerin seit 1. Mai 1982 und an beiden Hüften operiert. Aber die rechte Seite ist und bleibt zu schwach, so daß ich keine öffentlichen Verkehrsmittel allein benutzen kann. Wir haben eine Altbauwohnung mit Außentoilette, und nehmen Sie mal alle zwei Stunden ein Schmerzzäpfchen, da wissen sie nicht, wie sie neun Treppen tiefer kommen. Ich bin oft die Treppen heruntergerutscht, um auf die Toilette zu kommen. Vom Wohnungsamt erfuhr ich, daß ich auf der Dringlichkeitsliste stehe, aber für 1990–1991 sei es zwecklos nachzufragen. Man könnte mir keine Hoffnung machen, daß ich mit dran komme. Nun kommt noch dazu, daß mein Mann schon mal einen Schlaganfall hatte und an Durchblutungsstörungen im Gehirn leidet. So sitze ich mitunter zwei, drei oder vier Tage im ungeheizten Raum, weil er keine Kohlen geholt hat. Ich kann kein Feuer machen, keine Wäsche aufhängen, dehnen und bücken geht überhaupt nicht, keinen Dreckhaufen aufkehren, keine Hausordnung machen, keine Fenster putzen, keine Gardinen wechseln, keine schwere Tasche hochtragen in den zweiten Stock, keine Türen säubern, keine Füße waschen, keine Nägel schneiden, manche Tage auch keine Strümpfe anziehen.

Anita Hergesell
Dresden

Es ist unglaublich, unter welchen Bedingungen gerade Behinderte leben müssen. Um eine schnelle Besserung der Situation zu erreichen, empfehlen wir unserer Leserin, sich an den Dresdner Behindertenverband zu wenden, um einen Sozialdienstleistenden als Helfer zu erhalten und Unterstützung im Ringen um eine behindertengerechte Wohnung zu geben.

*

Keine Vereinnahmung

Verbandsaufbau, Berichterstattung und Präsenz sind wichtig, noch wichtiger ist jedoch eine wirksame Hilfe für Behinderte. Damit, so meine ich, kann nach zwei oder drei Monaten noch nicht in großem Umfang gerechnet werden, auch wenn es viel Ungeduld und Nachzuholendes gibt. Die Zeit seit der Verbandsgründung und sicherlich noch die nächsten Jahre werden – auch für den Behindertenverband – in vielerlei Hinsicht eine Lehrzeit sein. Neben dem sicherlich wichtigen Organisationsaufbau – einschließlich der Schaffung materieller Voraussetzungen – darf Ziel und Zweck des Verbandes nicht weniger intensiver verfolgt werden. Von allen Behinderten, ob aktive Mitstreiter oder Mitglieder des Verbandes, sind Engagement und Solidarverhalten gefordert. Große Probleme

bei einer erfolgreichen Gestaltung der Arbeit des Behindertenverbandes sind zu bewältigen. Das sind, aus meiner Sicht; unter anderem:
– Unerfahrenheit in der Interessenvertretung für eine Gemeinschaft.
– Verständliche, aber oft die Allgemeinentwicklung hemmende, Priorität der persönlichen Probleme.
– Fehlende Kenntnis der bestehenden und der ab 1. Juli 1990 in zunehmendem Maße Anwendung findenden gesetzlichen Regelungen (Behindertenrecht).
– Behinderungsbedingte Schwankungen bei der Kontinuität der Arbeit.
– Fehlende technische Voraussetzungen in den unteren Organisationsebenen für eine den Erfordernissen entsprechende Information, Kommunikation und Mobilität.
– Die Entwicklung von eigenen, auf die territorialen Belange konzentrierten Initiativen.

Das in den letzten Jahrzehnten bewußt (von oben) erzeugte Gefühl der Arbeit und Fürsorge muß durch eigene Aktivitäten der Behinderten, ihrer Freunde und Helfer ersetzt werden. Zugegeben, es ist nicht leicht, die vielfältigen Arbeiten selbständig mit der erforderlichen Sachkompetenz zu bewältigen. Jede Hilfe, die dem Aufbau eines eigenständigen, selbstbewußten, geachteten und beachtenswerten Behindertenverbandes dienlich ist, sollte mit Bedacht und Weitblick in Anspruch genommen werden. Dabei sind einige wichtige Dinge meiner Meinung nach unbedingt zu beachten.

Als erstes ist die in der letzten Zeit allgemein aus der BRD angebotene und z. T. bereits geleistete Hilfe zu nennen. Oft wird unter dem Titel einer Zusammenarbeit ein hoher Preis gefordert – die Selbständigkeit unseres Verbandes. Es ist leicht, das Defizit an Erfahrungen bei der organisatorischen Arbeit und das Fehlen von technischen Hilfsmitteln durch Spendenempfang auszugleichen. Es ist sehr schwer, sich als Gegenleistung nicht vereinnahmen zu lassen.

Traditionelle Behindertenorganisationen in der BRD sind in besonderem Maße jetzt, in der Phase des Verbandsaufbaus, sehr aktiv, um auf diese Art ihr Mitgliedervolumen aufzufüllen. Kooperationsvereinbarungen, die nach der Einheit Deutschlands zu einer Übernahme der DDR-Organisation führen, sind ein Beispiel dafür.

Eine weitere Seite der Hilfe sehe ich in einer kooperativen Zusammenarbeit mit kirchlichen Einrichtungen aller Konfessionen. In diesen Stätten der Hilfe für Behinderte wurden in den letzten Jahrzehnten wesentliche Beiträge zur Betreuung Behinderter aller Schädigungsformen geleistet. Diese Erfahrungen gilt es zu nutzen. Die gesellschaftlichen Entwicklungen in der DDR sind gegenwärtig von einem beängstigenden Tempo bestimmt. Alle notwendigen Entscheidungen in der Arbeit des Behindertenverbandes fallen nicht leicht, sollten jedoch immer unter dem Aspekt der Hilfe für Behinderte und dem Aufbau eines starken Behindertenverbandes getroffen werden.

Entscheidungen zu weitreichenden Kooperationen, Zusammenschlüssen

oder Beitritten zu etablierten Organisationen der BRD sollten jedoch bis zur Vereinigung beider deutscher Staaten vertagt werden.

Lothar Brüning
Teltow

*

Unterschenkelamputiert als Kriegsfolge

Beispiel: Seit 45 Jahren unterschenkelamputiert, Körperschaden 50 Prozent, schwerbeschädigt. Steuerermäßigung und Sitzplatz – das war alles, was ein Kriegsversehrter bisher hatte. Eine gewisse Ausgleichsrente? Fehlanzeige. Der Rentenanspruch geht erst bei 66 2/3 Prozent los.

Es gibt bei uns eine Kriegsbeschädigtenrente. Solange einer berufstätig ist, bekommt er 3/10 gezahlt. Wenn er die Altersgrenze erreicht, fällt das weg, sofern die Altersrente auch nur 5 oder 10 Mark höher liegt. Kein Ausgleich wie beispielsweise bei Unfallrentnern.

In den letzten Monaten haben Betroffene Eingaben an den FDGB und an das zuständige Ministerium gemacht. Lapidare Antwort: Man werde die anteilmäßige Weiterzahlung der KB-Rente bei einer künftigen Rentenreform prüfen. Doch eben nur bei einer Schädigung von mehr als 66 2/3 Prozent.

Was aber ist mit denen, die „nur" 30 oder 50 oder 60 Prozent Körperschaden haben? Sie gehen leer aus, weil sie in unseren bisherigen Gesetzen gar nicht vorkommen. Es ist schon hart, ein Leben lang mit Prothese gelaufen zu sein, meist unter Schmerzen, immer gearbeitet zu haben, oft nicht im erlernten Beruf, Einkommenseinbußen hingenommen zu haben. Und im Alter, bei der Rente, zählt das alles nicht.

Da die Kriegsbeschädigten nach Erreichen der Altersgrenze eben nur „alt" sind, ist es uns bisher auch nicht gelungen, von den Versicherungsträgern Auskunft über die Zahl der Betroffenen (Anspruchsberechtigten) zu erhalten.

Wir möchten nun als Interessengemeinschaft Berlin/Brandenburg der Kriegsversehrten in Selbsthilfe versuchen, uns einen Überblick zu verschaffen, und bitten alle Kriegsbeschädigten ab 30 Prozent anerkanntem Körperschaden, sich zu melden. Wenn die D-Mark bei uns Einzug hält, ist es wichtig, um seine Ansprüche zu wissen und sie gemeinsam durchzusetzen. Es geht uns auch um die Versorgung der Pflegepersonen und Hinterbliebenen, die bisher im Abseits standen. Also: Schreiben an Geschäftsstelle des Behindertenverbandes Berlin, Märkisches Ufer 28, Berlin 1026, Kennwort Kriegsbeschädigte.

Kindling, Bogdanski

*

Schläft die KWV?

Wir wohnen seit über einem Jahr in Hellersdorf, in einem Neubau direkt an der U-Bahn, der im Erdgeschoß zwei versehrtengerechte 3-Raum-Wohnungen hat. Seit Oktober ist nun eine dieser Wohnungen leer, weil die ehemaligen Mieter es vorzogen, gen Westen zu ziehen.

Es führte bis heute kein Weg zur Nutzung dieser Wohnung, obwohl wir aus persönlichen Kontakten zu Behinderten wissen, daß solcher Wohnraum rar ist. In der Wohnung befindet sich kein Eigentum der Vormieter mehr, sondern die Wohnung wurde von Einbrechern bzw. Verwandten geplündert und ist leider in einem sehr unordentlichen Zustand.

Thomas Raths
Berlin

Unser Leser hat sowohl die KWV, den Rat des Stadtbezirks Berlin-Hellersdorf als auch den Oberbürgermeister von Berlin auf diese leerstehende Wohnung aufmerksam gemacht. Doch bisher hat sich nichts getan. DIE STÜTZE wird diesem Fall nachgehen und feststellen, warum diese Wohnung so lange ungenutzt bleibt.

Noch eine neue MS-Kontaktgruppe

Nachdem am 3. März 1990 der DDR-Verband der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft und am 30. April 1990 der Landesverband Berlin-Brandenburg gegründet wurden, haben wir am 22. Mai 1990 unsere MS-Kontaktgruppe von Hohenschönhausen ins Leben gerufen. Wir möchten zugleich anderen Betroffenen Mut machen, weitere Gruppen zu gründen.

Bei der Gründung des Landesverbandes Berlin-Brandenburg wurde von den Delegierten beschlossen, daß dieser Verband unter dem Dach des Behindertenverbandes tätig wird. So haben auch wir uns vorgenommen, daß unsere neugegründete Gruppe Mitglied des Behindertenverbandes wird und mit dessen Basisgruppe im Stadtbezirk zusammenarbeitet. Im August wird durch den Behindertenverband in Hohenschönhausen ein Kommunikationszentrum eröffnet werden, auch hier sehen wir vielfältige Anknüpfungspunkte.

In unsere Kontaktgruppe möchten wir alle MS-Betroffenen des Stadtbezirks einbeziehen – auch diejenigen, die das Haus kaum verlassen können oder die im Pflegeheim leben. Das wird am Anfang nur durch Besuche oder telefonische Kontakte möglich sein, aber wir werden uns bemühen, noch bessere Möglichkeiten zu finden. Wer kann uns seine Erfahrungen dazu mitteilen?

Gisela Lehmann

Betreuungshilfe Förderungsfähiger e.V.

Können Sie sich vorstellen, ein Kind zu haben, daß nie erwachsen wird, daß Sie abends noch einen Betreuer für Ihren Sechzehnjährigen brauchen? Können Sie sich denken, wie wenig Leute abends diese Kinder betreuen? Wir wissen es. Wir wissen, daß Eltern dieser Kinder in die Isolation geraten, einfach weil keiner da ist. Unser Verein möchte diese Eltern entlasten! Wir wollen schrittweise zunächst geeignete Räume finden, sie für unsere Zwecke herrichten und ausstatten und die Abendbetreuung in diesen beginnen. Dazu brauchen wir Ihre Unterstützung. Hilfsmöglichkeiten gibt es viele, z. B. als Fördermitglied! Kontakt: A. Liers, postlagernd, Berlin, 1134

Einrichtung für Behindertentransporte

Unter der Bezeichnung JUHBO GmbH wurde in Berlin eine private Firma gegründet, die Behindertentransporte im Stadtgebiet und in der Berliner Umgebung durchführt. Die JUHBO GmbH arbeitet mit dem SERVICE-RING-BERLIN e.V. zusammen und bietet u. a. Stadtrundfahrten in beiden Teilen Berlins und durch Potsdam an. Es ist möglich, Kremserfahrten für Behinderte in die Müggelberge, zum Müggelsee sowie nach Ahrensfelde zu bestellen. Darüber hinaus werden Tagesfahrten mit Kfz in die Ruppiner Schweiz, nach Rheinsberg, nach Potsdam-Sanssouci sowie zum Ferienheim „Seerose" in Wünsdorf organisiert. Das originelle Markenzeichen der JUHBO ist ein Känguruh mit Lenkrad.

Behindertentransporte und Tagesfahrten für Behinderte und Betreuer können unter der Rufnummer 5 27 89 72 in Anspruch genommen werden. Kontaktadresse: Bausdorfstr. 43, Berlin 1144

Reisen mit der Bundesbahn

Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion bringt auch eine verstärkte Reisetätigkeit behinderter Menschen mit sich. Ein wertvolles Informationsmittel ist der von der Deutschen Bundesbahn herausgegebene „Reiseführer für unsere behinderten Fahrgäste". Er gibt Auskunft über Fahrvergünstigungen im Bereich der Deutschen Bundesbahn, nützliche Tips für die Reisevorbereitung, zur Platzreservierung, Service-Leistungen für Behinderte u. a. m.

Der Reiseführer enthält ein Verzeichnis von 430 Bahnhöfen mit einer Übersicht der Zugänge, eingerichteten Kontaktstellen für Behinderte und deren Besetzungszeiten, über vorhandene Hilfsmittel und Einrichtungen für Rollstuhlfahrer. Hinzu

kommt eine (leider veraltete) Liste von Städten, die „Stadtführer für Behinderte" anbieten. Diesen „Stadtführern für Behinderte" ist zu entnehmen, ob, zu welchen Tageszeiten und unter welchen Bedingungen Behindertenfahrdienste im jeweiligen Stadtbereich in Anspruch genommen werden können. Stadtführer für Behinderte sind bei den einzelnen Sozial- bzw. Verkehrsämtern der Städte zu erhalten.

Der „Reiseführer für unsere behinderten Fahrgäste" ist bei den Fahrkartenausgaben der Deutschen Bundesbahn, bei DB-Agenturen und DB-Verkaufsstellen erhältlich. Herausgeber ist die „Zentralstelle Absatz" der Bundesbahnzentrale in D-6500 Mainz.

Dr. Rudolf Turber

Kinderland am Werbellinsee

Das „Kinderland am Werbellinsee" liegt etwa 50 Kilometer nordöstlich von Berlin im Landschaftsschutzgebiet Werbellinsee-Crimnitzsee. Es umfaßt eine Fläche von 320 Hektar.

Zur Einrichtung gehören 12 Kinderwohnhäuser, eine Schule, eine Schulsporthalle, ein Bungalowlager, drei Gebäude zur Freizeitgestaltung, eine Spielanlage am Strand, ein Strandcafé, eine Badeanlage, Touristenlager, Zoo, Freilichtbühne, Kegelbahn, Computerkabinett, Bücherei, Ambulanz sowie ein Schiff. Das „Kinderland am Werbellinsee" ist offen für alle Kinder zwischen 10 und 14 Jahren, unabhängig von Weltanschauung und religiöser Orientierung.

Es ist eine nationale und internationale Begegnungsstätte. Aufgenommen werden vor allem geschlossene Gruppen der fünften bis siebenten Klassen aus ökologisch belasteten Gebieten für Aufenthalte von etwa 23 Tagen, behinderte und elternlose Kinder der fünften bis siebenten Klassen für etwa 23 Tage, geschlossene Gruppen der vierten bis siebenten Klassen für drei bis fünf Tage, Arbeitsgemeinschaften, Interessengemeinschaften, Spezialistengruppen der vierten bis siebenten Klassen während der Ferienzeiträume im Schuljahr.

Möglich ist auch die Gestaltung eines Familienurlaubs, besonders für Familien mit behinderten Kindern und kinderreiche Familien. Im Juli/August wird ein Internationales Sommercamp durchgeführt.

Aber – eine solche Einrichtung braucht auch Geldgeber. Kann, muß sich das der Staat für die Kinder leisten? Wir brauchen die Öffentlichkeit.

Die Berliner Zeitung vom 2. Juni 1990 meldete, daß mit dem Ministerium für Finanzen ein Konsens darüber besteht, daß die jährlichen Kosten bereitgestellt werden.

Zukunft der Jugendweihe

Jugendweihe aus heutiger Sicht hat den bitteren Beigeschmack parteipolitischer Propaganda der einstigen Partei- und Staatsführung. Darüber zu reflektieren, wie es war, hieße jedoch, Zeit und Papier zu verschwenden. Wie wird die Zukunft aussehen?

Auf diese und andere Fragen fanden der am 9. Juni 1990 im Haus des Lehrers in Berlin gegründete Zentralvorstand der Interessenvereinigung Jugendweihe e. V. und die geladenen Delegierten von Parteien, Organisationen und Bewegungen eine weiterweisende Antwort. Auf der Basis strikter Freiwilligkeit wird die Teilnahme zukünftig an keine Weltanschauung, Religion, Nationalität, Staatsangehörigkeit, ethnische Gemeinschaft und politische Organisation gebunden sein. Unabhängig von der Entwicklung unseres Landes soll die Jugendweihe junge Menschen in das demokratische und humanistische Anliegen aller gesellschaftlichen Kräfte integrieren. Statt der bisher üblichen zentralen Organisation und Themenvorgabe für die Vorbereitungsveranstaltungen werden nun regionale Themen, Probleme und Anliegen mit den Jugendlichen abgestimmt und besprochen.

Mit der Teilnahme des Behindertenverbandes der DDR e.V. an der Arbeit des Zentralvorstandes der Interessenvertretung Jugendweihe setzen wir uns dafür ein, auch Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen einen solchen würdigen Rahmen zu bieten. Wir wollen auch hier unser Ziel, die Integration von Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen, verwirklichen.

Christian Schröder

Familienurlaub in Ungarn

Familien mit behinderten Angehörigen können bei einer Busreise in der Zeit vom 20. September bis 9. Oktober 1990 im Thermalbad Tiszakécske an der Theiß Urlaub machen. Geboten werden u. a. freier Eintritt in die Thermalhalle, Unterbringung in schmucken Ferienhäusern, drei Halbtagsausflüge, Zwischenübernachtung auf der Hin- und Rückfahrt in Passau, eine kleine Stadtrundfahrt in Wien, deutschsprachige Reiseleitung. Die Abfahrtsorte sind Lübbecke, Hannover, alle Autobahnraststätten entlang der A7 sowie Berlin (Ost). Der Preis pro Person inklusive Vollpension und Programm beträgt DM 1 180,–. Anmeldungen können bis zum 31. Juli bei der Gemeinnützigen Gesellschaft für Soziale Dienste m.b.H., Kennwort: Urlaubsreise, PF 1427, D - 2160 Stade, mit Hinweisen über die Art der Behinderung und über den Ort des Zusteigens erfolgen. Bedingung der Teilnahme sind ein Faltrollstuhl (Beförderung von E-Rollstühlen nicht möglich) sowie ein Begleiter.

START

Partnervermittlung
für gesunde und
behinderte Menschen
Inh. H. Jung

Kontaktanschrift
P-Service · PSF 34
9044 Chemnitz
(Zuschriften in Punktschrift und auch Kassette möglich)

Geschäftsstelle
Karl-Liebknecht-Straße 19
Haus der Verbände (Galerie)
9001 Chemnitz

Öffnungszeiten Dienstag und Donnerstag 9—12 und 13—18 Uhr
(für Rollstuhlfahrer zugängig)

Individuelle Beratungsgespräche sind möglich

Helfen ist unser Handwerk

Dazu kommen wir ins Haus

Rollstuhl-Service
Lichtenauer Straße 42/44
Berlin-1092
Tel.: 55 44 53 23

Vertrieb und Reparatur von Rollstühlen und Reha-Mitteln

Vertragspartner von Meyra – Ortopädia – DOW

Lieferant der Krankenkassen/ Versicherungen

Kontaktsuche
Kaufmann (Westberliner), 1,78 m, möchte wieder eine Zweisamkeit mit netter, kulturell interessierter, beinamputierter Dame ab 36 J. aufbauen. Bildzuschriften (zurück) unter Chiffre-Nr. 001, DIE STÜTZE, Neue Grünstr. 18, DDR - Berlin, 1020.

An unsere Leser!
„DIE STÜTZE" kostet pro Heft 1 DM zuzüglich 0,70 DM Postgebühren, so daß im Einzelabonnement 1,70 DM zu zahlen sind. Bei Sammelbestellungen verringern sich die Zustellkosten.

Das Inkasso erfolgt über Abbuchungsauftrag von Ihrem Konto. Bitte benutzen Sie die beiliegende Postkarte zur Bestellung und Vollmachterteilung. Das Inkasso erfolgt vierteljährlich.